

Demokratie-Gefährdung durch Antifeminismus

Vom „Deutschen Bund zur Bekämpfung der
Frauenemanzipation“ (1912) zur aktuellen Untergrabung
von Gleichstellungskonzepten

Sylvia Schraut, Frauen&Geschichte e.V. 2025

Online-Vortrag 10. Februar 2025

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in Kooperation mit
Frauen & Geschichte Baden-Württemberg e.V. und dem Landesfrauenrat
Baden-Württemberg

Ziele des Vortrags

- Die ursächliche Verbindung von Antidemokratismus, Rechtsextremismus und Antifeminismus historisch aufzeigen
- Die historische Entwicklung des Einstiegs von Frauen in die Parlamente beleuchten
- Fragen nach den Folgen der fehlenden oder gelingenden Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten
- Und fragen:
- Was für Folgerungen können wir ziehen?

KAPITEL I

Die Entstehung der
Frauenbewegung

und ihrer antidemokratischen Feinde
im rechten völkischen Lager

Die Frauenbewegung entsteht

- 1865 Gründung des „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF)“

Forderungen:

Selbstorganisation von Frauen

Recht auf Arbeit

Recht auf Bildung

- 1894 Gründung des „Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF)“

Dachverband aller Frauenvereine

- 1909 Bilanz: 4.665 Frauenortsvereine mit 859.215 Mitgliedern

Errungenschaften der Frauenbewegung

- 1887 Helene Lange: Gelbe Broschüre
- 1880er/1890er Jahre: Neue Frauenberufe entstehen
- 1888 Gründung des Vereins „Reform“ (später „Frauenbildung-Frauenstudium“)
- 1893 Erstes Mädchengymnasium in Karlsruhe
- 1893 Ausbau der Realkurse in Berlin zu Gymnasialkursen
- 1900 in Baden dürfen Mädchen regulär studieren (Preußen 1908)
- 1902 Gründung des „Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht“

Der Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation

- 1912: Aufruf zur Gründung des „Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“
- 1913-1914, 1916-1917 Vorsitzender: Ludwig Langemann
- Ziele: keine höhere Mädchenbildung
 - Beschränkung auf traditionelle Frauenberufe
 - Schutz der traditionellen Familie
 - Bekämpfung der Frauenbewegung

„Wir sind ein deutscher Wehrverein, dessen Aufgabe darin besteht, das deutsche Haus, die deutsche Familie, die deutsche Kultur gegen den inneren Feind, gegen den Ansturm einer internationalen, radikalen, eigensüchtigen Macht zu verteidigen, deren Sieg, den Niedergang unseres Volkstums herbeiführen würde.“ (Ludwig Langemann)

- 1920 Auflösung des Bundes

Ludwig Langemann (1859-1921)

- 1878-1880 Besuch des Lehrerseminars
- 1882-1886 Studium der Naturwissenschaften und Mathematik
- 1887 Prüfung für das Höhere Lehramt
- Tätigkeit an einer höheren Mädchenschule in Kiel
- 1918 vorzeitige Pensionierung wegen Krankheiten
- Publikationen:
 - 1913 Das Frauenstimmrecht und seine Bekämpfung
 - 1919 Die Zusammenhänge zwischen Semitismus, Demokratismus, Sozialismus und Feminismus

Ludwig Langemann und der Kampf gegen Gleichberechtigung

- „Die langjährige Minierarbeit, in welcher die Frauenbewegung die Festung des Männerstaates unterwühlte, ist den meisten Männern ganz verborgen geblieben, und sie erwachten erst, als die ersten Minen sprangen, und in ihre vermeintlich unangreifbare Festung Bresche legten.“ (Langemann 1906)
- „Bei zunehmender Erwerbsmöglichkeit der Frau wird sich die weibliche Vorgesetzte schwerlich auf das Schulgebiet beschränken lassen, sondern auf immer weitere Gebiete übergreifen. Die Verleihung der vollen staatsbürgerlichen Rechte bis zum aktiven und passiven Wahlrecht dürfte dann nur noch eine Frage der Zeit sein. (Langemann 1910)

Ludwig Langemann: Frauenfeindlichkeit und antidemokratisches, rechtsextremes Denken

- „Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß das verratene und schließlich erwachende deutsche Volk mit seinen – Gott sei Dank – größtenteils fremdrassigen Verrätern dereinst schreckliche Abrechnung halten wird. Hoffentlich haben Sie nicht Gelegenheit, ihr schändliches Gewerbe erst bis zum Ziel des Elend-, Papst- und Judenfriedens fortzusetzen, sondern werden schon vorher unschädlich gemacht.“ (Offener Brief Langemanns an einen Abgeordneten 1918)

KAPITEL II

Frauenwahlrecht und die Folgen in
der Weimarer Republik

Die Einführung des Frauenwahlrechts 12.11.1918

Ziel erreicht?

„Wiederholt bin ich in letzter Zeit gefragt worden, ob wir nun, nachdem wir das Wahlrecht haben, nicht unsere Frauenorganisation auflösen würden, wir hätten doch die Endforderung erreicht [...] Die Ahnungslosen! Als ob wir nicht das Frauenstimmrecht brauchten, um für die Gleichstellung der Frau mit Nachdruck arbeiten zu können. [...] Jahrzehntelang haben die weiblichen Angestellten ihren männlichen Kollegen gegenüber die schwersten Kämpfe durchzumachen gehabt, [...] indem geflissentlich die weiblichen Kolleginnen aus dem Beruf herausgedrängt werden. Dennoch unterstützt man von den weiblichen Verbänden lieber Angestelltenlisten der Männer als im eigensten Interesse solche der Frauenbewegung aufzustellen. [...] Ist es der Anfang dazu, dass uns die wenigen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte wieder genommen werden sollen? [...] Durch die Einreihung in die Parteien ist den Frauen sicher ein gemeinsames Vorgehen erschwert.“ *(Marie Wegner 1919)*

Anteil weiblicher Abgeordneter in den Reichstagswahlen 1919-1933

Deutschland von 1919 bis 1933: die Weimarer Republik	Wahljahr	Prozentsatz Frauen	Anzahl Frauen	Prozentsatz Männer	Anzahl Männer	Gesamtzahl
<u>Nationalversammlung</u>	1919	8,7	37	91,3	386	423
<u>1. Reichstag</u>	1920	8,0	37	92,0	426	463
<u>2. Reichstag</u>	1924	5,7	27	94,3	445	472
<u>3. Reichstag</u>	1924	6,7	33	93,3	460	493
<u>4. Reichstag</u>	1928	6,7	33	93,3	457	490
<u>5. Reichstag</u>	1930	6,8	39	93,2	538	577
<u>6. Reichstag</u>	1932	5,6	34	94,4	574	608
<u>7. Reichstag</u>	1932	6,0	35	94,0	547	582
<u>8. Reichstag</u>	1933	3,8	21	96,2	537	558

Bilanz der Vorsitzenden des BDF nach den Wahlen 1930

Emma Ender:

Überall, sowohl als Parlamentarierinnen wie als Wählerinnen und in ihrem Einfluss in den Parteien sind die Frauen auf dem Rückzug.

Der Anstieg der NSDAP von 2,6% 1928 auf 18,3% 1930 ist schockierend.

Die Partei konnte es riskieren, „in den Wahlkampf zu gehen, ohne überhaupt Frauen aufzustellen. Daß sie trotzdem einen beispiellosen Erfolg erzielte, den sie nur mit Hilfe vieler Frauenstimmen erreichen konnte, ist eine Tatsache, die uns Frauen aufs höchste warnen sollte!“

(Besprechung des BDF 1930)

KAPITEL III

Frauenwahlrecht in der
Bundesrepublik

Wahlperiode	Prozentsatz Frauen	Anzahl Frauen
1. Bundestag 1949–1953	6,8%	28
2. Bundestag 1953–1957	8,8%	45
3. Bundestag 1957–1961	9,2%	48
4. Bundestag 1961–1965	8,3%	43
5. Bundestag 1965–1969	6,9%	36
6. Bundestag 1969–1972	6,6%	34
7. Bundestag 1972–1976	5,8%	30
8. Bundestag 1976–1980	7,3%	38
9. Bundestag 1980–1983	8,5%	44
10. Bundestag 1983–1987	9,8%	51
11. Bundestag 1987–1990	15,4%	80
12. Bundestag 1990–1994	20,5%	136
13. Bundestag 1994–1998	26,2%	176
14. Bundestag 1998–2002	30,9%	207
15. Bundestag 2002–2005	32,5%	196
16. Bundestag 2005–2009	31,6%	194
17. Bundestag 2009–2013	32,8%	204
18. Bundestag 2013–2017	36,5%	230
19. Bundestag 2017–2021	31,0%	218
20. Bundestag 2021–	34,8%	255

Der mühselige Weg zur Gleichberechtigung

Verfassung 1919: Art. 109: Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

Verfassung 1949: Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

Änderung des Familienrechts 1957: Eine Ehefrau darf auch gegen den Willen ihres Mannes arbeiten gehen - aber nur, wenn Mann und Kinder darunter nicht leiden. Bei Erziehungsfragen behalten die Männer das alleinige Entscheidungsrecht. Gesetzlicher Vertreter der minderjährigen Kinder bleibt allein der Vater.

1959 Entscheid des Bundesverfassungsgerichts:

Richtlinienkompetenz des Mannes in der Erziehung und Alleinvertretungsrecht fällt.

1976: Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts (1. EheRG).

Zwischen 1992 und 2004 war die **Vergewaltigung in der Ehe** ein Antragsdelikt. Seit 2004 ist auch die Vergewaltigung unter Ehepartnern ein Officialdelikt.

Die Zunahme von Gewalt gegen Frauen

• JAHR	ANZAHL DER GEWALTDELIKTE
• 2019	154.260
• 2020	160.856
• 2021	157.301
• 2022	171.076
• 2023	180.715

BKA 2024, Bundeslagebild 2023, S. 18

Gewalt gegen Frauen

Jede dritte Frau ist irgendwann in ihrem Leben Opfer von körperlicher und/oder sexueller Gewalt.

„Die Ergebnisse des Lagebildes zeigen, dass Gewalt an Frauen – ebenso wie die Gewaltkriminalität insgesamt – weiterhin ansteigt. Eine Erklärung für den Ursprung dieser Gewalt und dem deutlichen Erstarren von einstellungsbezogener Hasskriminalität liegt in einer Ideologie der Ablehnung von Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Geschlechter. Diese kann als Bedrohung traditioneller Rollenbilder aufgefasst werden, denn eine Emanzipation von Frauen kann eine Bedrohung der wahrgenommenen „natürlichen Ordnung“ darstellen. Verstärkt wird dies durch den fortschreitenden gesellschaftlichen Wandel bezüglich Gleichberechtigung, welchen Menschen, die rigide an traditionellen Normen festhalten, als bedrohlich empfinden.“

BKA 2024: Bundeslagebild 2023 Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten <file:///C:/Users/schra/Downloads/StraftatengegenFrauenBLB2023.pdf>, S. 46.

Anteil der Frauen im Bundestag 2024

Prozentsatz Frauen

Grüne	59,0%
Gruppe Die Linke	57,1%
Gruppe BSW	50,0%
SPD	43,0%
Union (CDU/CSU)	25,5%
FDP	25,3%
AfD	11,7%

Quelle:
Statista
2025

Zitate aus einem (rechtsextremistischen?) Wahlprogramm

„Der Wildwuchs an teilweise unsinnigen Beauftragten soll auf ein sinnvolles Minimum gekürzt werden. Dabei sollen Familienbeauftragte geschaffen werden.“

„Mit Sorge beobachten wir, dass Teile der Gesellschaft ihren Kinderwunsch zurückstellen, zugunsten von Einkommen, Karriere oder Selbstverwirklichung.“

Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem formalen Verwaltungsakt verkümmert und befördert eine Bagatellisierung dieses schwerwiegenden Eingriffs. Sie muss stattdessen dem Schutz des ungeborenen Lebens dienen.“

„Zur Herstellung der Lastengerechtigkeit soll bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung von 20.000 € an Rentenbeiträgen oder eine entsprechende Freistellung von künftigen Zahlungen erfolgen. Die spätere Leistung wird nicht gekürzt.“

Zitate aus einem (rechtsextremistischen?) Wahlprogramm

„Kitas und Schulen sind von Angst und Hysterie freizuhalten; den Kindern ist eine positive Lebenseinstellung zu vermitteln. Auch bei der Ausbildung zum Erzieher muss jede Indoktrination in Bezug auf Gender-Mainstreaming und andere Ideologien unterbunden werden.“

„Kinder haben ein Recht auf Bildung und der Staat ist verpflichtet dies sicherzustellen. Er kommt dieser Verpflichtung aber nur noch unzureichend nach. Deshalb wollen wir die im internationalen Vergleich sehr strenge deutsche Schulpflicht lockern und zu einer Bildungspflicht umwandeln. Das Wohl der Schüler muss dabei immer im Vordergrund stehen.“

Forderungen des Deutschen Frauenrats für die Bundestagswahl 2025

DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

KONSEQUENTE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK UMSETZEN

SORGEARBEIT UMVERTEILEN UND AUFWERTEN

ÖKONOMISCHE EIGENSTÄNDIGKEIT STÄRKEN – GESCHLECHTERGERECHTE
ARBEITSMARKT- UND STEUERPOLITIK

GEWALTSCHUTZ FÜR ALLE FRAUEN

GESCHLECHTERGERECHTES GESUNDHEITSSYSTEM GEWÄHRLEISTEN

ERFOLGSFAKTOR GLEICHSTELLUNG – GESCHLECHTERGERECHTE WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIGITALEN WANDEL GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN

GESCHLECHTERGERECHTE KLIMAPOLITIK VORANBRINGEN

ZUKUNFTSFESTE AUßEN- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Prüfsteine für eine Wahlentscheidung

- Welche Haltung hat „Ihre“ Partei zum Schutz von Frauen gegen häusliche Gewalt?
- Welche Haltung hat „Ihre“ Partei zur Verschärfung des Abtreibungsgesetzes?
- Welche Haltung hat „Ihre“ Partei zur Entgeltgleichheit?
- Welche Haltung hat „Ihre“ Partei zur gendergerechten Vereinbarkeit von Familie und Beruf?
- Welche Haltung hat „Ihre“ Partei zur gendergerechten Ausgestaltung der Care-Arbeit?

Nachklapp oder: Nichts ist gesichert

In einem Post auf der Plattform X schreibt Siebeke:
„Sollte es so sein, dass Frauenstimmen den politischen Heiratsschwindler Robert H. ins Kanzleramt hieven und damit Deutschland über die Klippe, muss über das Frauenwahlrecht inoffiziell, über antiemotionalen Demokratieunterricht offiziell nachgedacht werden.“

Frankfurter Rundschau, 25.11.2024, Zitat des Kölner Mitglied Siebeke der CDU

Lehren aus der Geschichte?

- Es ist Zeit, Position zu beziehen!
- Zu keinem Zeitpunkt ist Demokratie ein selbstverständlich gesicherter Besitzstand.
- Können wir es uns leisten, nicht deutlich zu machen, dass rechtsextreme Programme Demokratie gefährden?
- Können wir es uns leisten, nicht deutlich zu machen, dass rechte/rechtsextreme Programme auch Programme gegen die Gleichberechtigung sind?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit